

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Mülheimer Str. 7A · 51375 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Fraktion im Rat der Stadt Leverkusen

Marc Nohl
Geschäftsführer
Geschäftsstelle
Mülheimer Str. 7A
51375 Leverkusen
Tel.: +49 (214) 50 33 08
Fax: +49 (214) 31 19 87 90
fraktion@gruene-lev.de

Leverkusen, 7. Juni 2021

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) – kommunales Konzept für Leverkusen: Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Richrath,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien:

- 1. Die Verwaltung erstellt ein Konzept für „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE)“.**
 - 1.1. Im Rahmen der Erstellung des Konzepts prüft die Verwaltung, wie Projekte der einzelnen Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte bis zur weiterführenden Schule mit oder ohne externe Kooperationspartner*innen initiiert, begleitet und dokumentiert werden können.**
 - 1.2. Hierzu richtet die Stadt eine kommunale Koordinierungsstelle, günstigenfalls direkt angebunden an den Oberbürgermeister, ein.**
 - 1.3. Eingebunden in die Entwicklung des Konzepts werden Vertreter*innen der verschiedenen Fachbereiche: Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Umwelt, Soziales, Kultur-StadtLev sowie Vertreter*innen des Regionalzentrums BNE in NRW am NaturGut Ophoven.**
- 2. Zur Umsetzung des Konzepts soll eine pädagogische Fachkraft mit breiter fachwissenschaftlicher Bildung abgeordnet werden (zum Beispiel ein*e Lehrer*in mit den Fächern Biologie und Sozialwissenschaften), um den multiperspektivischen Anforderungen an die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zu genügen. Die Fachkraft, die in diesem Bereich tätig ist bzw. wird, soll ihre Expertise einbringen sowie bestehende und künftige Projekte fördern und unterstützen.**
- 3. Die Verwaltung informiert mit einer jährlichen Publikation über die umgesetzten Projekte, um weiter für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zu werben und Nachahmer*innen zu motivieren.**

Begründung:

Im Rahmen der UNESCO-Kampagne „Agenda Bildung 2030“ sind alle Akteur*innen im Bildungswesen auf allen politischen Ebenen dazu aufgefordert, die Sustainable Development Goals als bildungspolitische Leitlinie in die Bildungsarbeit zu implementieren. Auch weil dieser Prozess in Deutschland in Bund und Land schleppend voranschreitet, ist gerade Leverkusen als Fair-Trade-Stadt auf kommunaler Ebene gefordert.

Der Begriff „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE)“ ist im aktuellen Bildungsbericht 2020/2021 der Stadt Leverkusen noch nicht erfasst.

Leverkusen muss seinen selbst gesteckten Zielen auch im Bildungsbereich gerecht werden. Es müssen Projekte außerhalb und innerhalb der einzelnen Bildungseinrichtungen von der Kindertagesstätte bis zur weiterführenden Schule zum Beispiel von einer kommunalen Koordinierungsstelle aus initiiert, begleitet, und dokumentiert werden.

Denn: BNE meint nicht ausschließlich blühende Wiesen für Bienen. Der Bildungsbegriff im 21. Jahrhundert muss multiperspektivisch gedacht werden. Bürger*innen jeden Alters müssen in die Lage versetzt werden, die Herausforderungen, die Klimawandel, Artensterben und Globalisierung darstellen, annehmen zu können und verantwortlich zu handeln.

Hier hat die Stadt Leverkusen bereits erste Schritte unternommen.

In Gestalt des NaturGut Ophoven, das seit 2016 Regionalzentrum BNE in NRW ist, besitzt die Kommune einen wichtigen Kooperationspartner, durch den bereits viele Projekte innerhalb von kommunalen Bildungseinrichtungen angestoßen werden konnten (siehe hierzu: <https://naturgut-ophoven.de/bne-regionalzentrum/>).

Die Kommune sollte ein Interesse daran haben, diese Bestrebungen fortzusetzen bzw. diese im Kontext der Regionalisierung multinationaler Anstrengungen mit aller Kraft auszuweiten und zu forcieren.

Hier können wir von langjährigen Erfahrungen in Nachbarkommunen noch einiges lernen (<https://www.duesseldorf.de/nachhaltigkeit/bne.html>, https://www.duesseldorf.de/fileadmin/Amt19/nachhaltigkeit/netzwerk_bildung/pdf/2012_bildungsprogramm.pdf).

Zusammenfassend benennen wir den Fokus auf BNE als ein übergeordnetes kommunales Ziel und appellieren an die Verantwortung der Kommune, allen Bürger*innen eine umfassende politische Teilhabe zu ermöglichen und sie in die Lage zu versetzen, ihr Konsumverhalten zu reflektieren und Konsumententscheidungen gegebenenfalls kritisch zu hinterfragen. Ein weiteres Feld ist das Verhalten der Bürger*innen bei der Gestaltung ihrer individuellen Mobilität.

Dies funktioniert über Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Weitere Informationen: https://www.bne-portal.de/files/Leitlinie_BNE.pdf

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Schulte
Mitglied des Schulausschusses

Roswitha Arnold
Fraktionsvorsitzende